Rede zum Haushalt 2026
SPD-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Scharmann,

sehr geehrter Herr Bürgermeister Deißler,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der Haushaltsplanentwurf 2026 reiht sich ein in eine Serie von Sparhaushalten. Bereits vor der Einbringung in den Gemeinderat hat die Verwaltung erste Sparrunden umgesetzt. Es gibt keine Stellenmehrungen, und auch erste Ergebnisse der Haushaltsstrukturkommission sind im Entwurf bereits sichtbar.

Und dennoch: Ein ausgeglichener Haushalt ist nicht einmal ansatzweise in Sicht. Das ordentliche Ergebnis weist ein Defizit von knapp 8 Millionen Euro aus. Die gesetzlichen Vorgaben werden damit klar verfehlt. Zur Deckung sind Kreditaufnahmen in Höhe von 7 Millionen Euro vorgesehen. In Zeiten steigender Zinsen werden diese Kredite die kommenden Haushalte zusätzlich belasten.

Der Blick in die mittelfristige Finanzplanung zeigt zudem, dass sich die Lage weiter zuspitzen wird. Dabei sind die Einnahmen derzeit nicht das zentrale Problem. Vielmehr werden den Kommunen kontinuierlich neue Aufgaben übertragen, deren Finanzierung jedoch häufig nur unzureichend gesichert ist. Ein erheblicher Teil der Kosten bleibt bei den Kommunen hängen.

Die stetig steigenden Ausgaben bringen Weinstadt – wie viele andere Kommunen auch – in eine zunehmend dramatische Situation. Die kommunale Handlungsfähigkeit steht auf dem Spiel. Dabei sind es gerade die Kommunen, die den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten stehen. Das Vertrauen in die kommunale Ebene ist grundsätzlich hoch. Dieses Vertrauen wird jedoch Schaden nehmen, wenn Leistungsfähigkeit und Gestaltungsraum durch finanzielle und bürokratische Zwänge weiter eingeschränkt werden. Am Ende steht mehr auf dem Spiel als ein Haushalt: Auch die Demokratie gerät

in Gefahr. Deshalb braucht es echte und nachhaltige Strukturreformen. Einmalige Unterstützungen wie der Digitalpakt oder das aktuelle Sondervermögen sind hilfreich, lösen jedoch nicht die grundlegenden Probleme der kommunalen Finanzierung.

Allein die Verantwortung an Bund und Land weiterzugeben, greift jedoch zu kurz. Auch wir in Weinstadt müssen unsere eigenen Hausaufgaben machen. Die bereits angesprochene Haushaltsstrukturkommission hat gemeinsam mit der Stadtverwaltung Einsparpotenziale identifiziert. Der Fokus lag dabei zunächst auf den Einnahme- und Ausgabepositionen des Haushalts. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob auch durch strukturelle und organisatorische Anpassungen weitere Verbesserungen erreicht werden können.

Vor pauschalen Stellenkürzungen oder befristeten Wiederbesetzungssperren möchten wir ausdrücklich warnen. Insbesondere dann, wenn solche Maßnahmen euphemistisch als Effizienzsteigerung, Hebung von Synergieeffekten oder Verschlankung der Verwaltung verkauft werden. Effizienz entsteht nicht durch pauschale Personalkürzungen, sondern durch gut ausgebildete, motivierte und handlungsfähige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Pauschale Maßnahmen zur Arbeitsverdichtung wirken in diesem Zusammenhang wie Gift. Gerade in Zeiten hoher Belastung gefährden sie Motivation, Qualität und letztlich die Leistungsfähigkeit der Verwaltung. Es ist notwendig, auch über Stellenkürzungen nachzudenken – jedoch ausschließlich dort, wo Aufgaben tatsächlich entfallen oder dauerhaft reduziert werden können. Alles andere führt zu einer schleichenden Überforderung der Verwaltung und ist weder nachhaltig noch verantwortungsvoll.

Was für die Kommunen gilt, gilt auch für viele Menschen in unserer Stadt: Die finanziellen Spielräume werden enger. Besonders die Kosten für das Wohnen stellen für viele Haushalte eine große Herausforderung dar. Nach Angaben des Sozialministeriums Baden-Württemberg liegt die durchschnittliche Mietbelastungsquote, also der Anteil des Einkommens, der für das Wohnen aufgebracht werden muss, bei rund 28 Prozent. Das mag auf den ersten Blick noch beherrschbar erscheinen. Für Menschen, die als armutsgefährdet gelten, also 60% des Durchschnittseinkommens verdienen, liegt die Mietbelastungsquote bereits bei 45%. Für eine Stadt wie Weinstadt, direkt vor den Toren Stuttgarts, kann das bedeuten, dass Menschen ihr soziales Umfeld verlassen müssen, weil sie sich ein Leben in Weinstadt nicht mehr leisten können. Genau diese Menschen müssen im Mittelpunkt unserer Wohnbaupolitik stehen. Bezahlbarer Wohnraum ist keine Randfrage. Er ist eine zentrale Voraussetzung für sozialen Zusammenhalt und für eine lebenswerte Stadt für alle. Eine Anfrage bei der Verwaltung hat ergeben, dass der landesweite Anteil der Haushalte, die grundsätzlich Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein haben, bei rund 27 Prozent liegt und dieser Wert voraussichtlich auch auf Weinstadt übertragbar ist.

Konkret bedeutet das: Rund 3.500 Haushalte in Weinstadt wären demnach berechtigt, eine Sozialwohnung zu beziehen. Der aktuelle Bestand von 116 Sozialwohnungen in Weinstadt steht da in einem krassen Missverhältnis.

Wenn die Stadt Wohnbaugrundstücke verkauft, hat sie selbstverständlich auch die Aufgabe, Einnahmen zu erzielen. Schulen, Kindergärten, die öffentliche Sicherheit und viele weitere Pflichtaufgaben müssen finanziert werden. Gleichzeitig trägt die Stadt jedoch auch Verantwortung für die Schaffung von Wohnraum – insbesondere für diejenigen, die auf dem freien Wohnungsmarkt kaum noch Chancen haben. Wertvolle Grundstücke wie das Areal in der *Halde I*, das sich über Jahrzehnte im Eigentum der Stadt befand, allein nach dem Höchstgebot zu veräußern, mag kurzfristig der einfachste Weg sein. Zur Lösung der Wohnungsnot trägt dieses Vorgehen jedoch nichts bei. Gerade hier stellt sich die Frage: Wer, wenn nicht die Kommunen, kann steuernd eingreifen? Private Investoren verfolgen nachvollziehbar eigene wirtschaftliche Interessen. Bund und Land können Förderprogramme auflegen und rechtliche Rahmenbedingungen setzen. Den direkten Einfluss auf die Entwicklung vor Ort haben jedoch die Kommunen: durch eine aktive Bodenbevorratungspolitik, durch Bauleitplanung, durch Vertragsgestaltung bei Grundstücksverkäufen, durch Sozialbauquoten und nicht zuletzt durch eigenes kommunales Grundeigentum.

Dieser Weg ist anspruchsvoll und mit Widerständen verbunden. Doch wenn sich die Kommune nicht aktiv um bezahlbaren Wohnraum bemüht, wird es niemand tun. Dazu gehört aus unserer Sicht auch, dass wir uns in Weinstadt endlich systematisch mit der Einführung einer Grundsteuer C befassen. Wir beantragen daher, die Einführung einer Grundsteuer C für baureife, unbebaute Grundstücke im Stadtgebiet zu prüfen. Im Mittelpunkt der Prüfung soll insbesondere stehen, wie eine lenkende Wirkung zur Aktivierung baureifer Grundstücke erzielt werden kann, welche Grundstücke hierfür in Betracht kommen und wie hoch der damit verbundene Verwaltungsaufwand ist. Ganz bewusst betrachten wir die Grundsteuer C nicht unter dem Gesichtspunkt der Haushaltskonsolidierung, sondern als wohnungspolitisches Instrument zur Mobilisierung von Bauland. Für unsere Fraktion steht fest: Bevor über eine Erhöhung der Grundsteuer B und damit über eine zusätzliche Belastung der breiten Bevölkerung gesprochen wird, müssen zunächst alle Möglichkeiten geprüft werden, vorhandenes Bauland zu aktivieren. Die Grundsteuer C kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

Mit dem sogenannten Bauturbo hat der Gesetzgeber den Kommunen eines der mächtigsten Instrumente der vergangenen Jahre an die Hand gegeben. Richtig angewendet kann er dazu beitragen, dass insbesondere im Innenbereich schneller und unkomplizierter neuer Wohnraum entsteht. Die Nachverdichtung, die seit Jahren propagiert, aber nur selten konsequent umgesetzt wurde, könnte damit tatsächlich neuen Schwung erhalten. Der Bauturbo hat das Potenzial, zu einem der wirksamsten Instrumente zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum der letzten Jahre zu werden. Gleichzeitig

bestehen erhebliche Risiken. Es drohen städtebauliche Fehlentwicklungen, neue Anreize für Bodenspekulation und eine mögliche Aushöhlung des bewährten Weinstädter Baulandmodells. In diesem Spannungsfeld kommt es nun darauf an, dass Verwaltung und Gemeinderat gemeinsam einen klaren und verlässlichen Rahmen schaffen. Einen Rahmen, der unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes die Chancen dieses Instruments nutzt, zugleich aber seine Risiken wirksam begrenzt.

Auch im aktuellen Haushaltsplanentwurf sind – wie in den Vorjahren – große Investitionen in unsere Schulen vorgesehen. Insbesondere der Um- und Neubau der Silcherschule Endersbach steht kurz vor der Fertigstellung. Ebenso wird der Kurs der Verwaltung fortgesetzt, weiterhin erhebliche Mittel für Sanierungen und Instandhaltungsmaßnahmen bereitzustellen. Bei einem Thema halten wir allerdings ein höheres Tempo für erforderlich: der Sanierung der Schultoiletten. Der aktuelle Plan sieht vor, pro Jahr jeweils eine Schultoilette zu sanieren. Angesichts der großen Anzahl von Toiletten an den Weinstädter Schulen wird es jedoch sehr lange dauern, bis hier eine umfassende Verbesserung erreicht ist. In den vergangenen Jahren gab es hierzu wiederholt Initiativen aus dem Jugendgemeinderat sowie von Eltern und Lehrkräften. Sie weisen unter anderem darauf hin, dass Schülerinnen und Schüler aufgrund des schlechten Zustands der Toiletten diese teilweise den gesamten Schultag über meiden. Diese Hinweise nehmen wir sehr ernst. Wir beantragen daher, ab dem kommenden Haushaltsjahr jährlich zwei Toilettensanierungen einzuplanen.

Und jetzt, da ich gerade den Jugendgemeinderat erwähnt habe, möchte ich die Gelegenheit auch nutzen, ihm für seinen Einsatz für die Weinstädter Jugend zu danken. Immer wieder setzt der Jugendgemeinderat eigene, auch mutige Akzente – beispielsweise in der Debatte um die Zukunft der Weinstädter Freibäder.

Noch im Oktober 2025 wurde dem Gemeinderat eine Priorisierung der anstehenden Hochwassermaßnahmen vorgestellt. Für dieses Jahr war dabei der Bau einer Starkregenableitung für den Ortsteil Baach vorgesehen. Auch unsere Fraktion hatte bereits im vergangenen Jahr darauf hingewiesen, dass bei Starkregen das Wasser wiederholt durch den Ort fließt. Im Haushaltsplanentwurf, der nur einen Monat später vorgelegt wurde, war diese Maßnahme – vermutlich aus finanziellen Gründen – jedoch wieder gestrichen. Wir sind davon überzeugt, dass sich hier mit vergleichsweisen überschaubaren Mitteln eine spürbare Verbesserung erreichen lässt. Daher beantragen wir, die erforderlichen Mittel für dieses Jahr wieder in den Haushalt einzustellen und die Maßnahme zeitnah umzusetzen.

Erst im Januar dieses Jahres hat der Weinstädter Beirat für Integration und Migration einen Brandbrief an den Sozialminister des Landes Baden-Württemberg, Manne Lucha, gerichtet. Der Inhalt dieses Schreibens sollte uns alle alarmieren. Darin wird deutlich gemacht, dass die Reduzierung der Förderung des Integrationsmanagements durch das Land eine Lücke reißt, die weder die Kommune noch das Ehrenamt schließen können. Auch ein noch so engagiertes und professionell aufgestelltes Ehrenamt – wie wir es in Weinstadt mit dem Integrationsverein haben – braucht ein starkes hauptamtliches Pendant. Fehlt diese verlässliche hauptamtliche Struktur, droht eine Überforderung der Ehrenamtlichen. Die Folge kann sein, dass sich immer mehr Engagierte zurückziehen – und damit eine Weinstädter Erfolgsgeschichte gefährdet wird, die über viele Jahre hinweg maßgeblich vom Integrationsverein getragen wurde. Der neuerliche Vorstoß das Bundesinnenministers, die freiwilligen Integrationskurse zu streichen wird sowohl die Geflüchteten als auch die Ehrenamtlichen enorm treffen.

Im Klimaschutz hat Weinstadt in den vergangenen Jahren sehr große Fortschritte gemacht. Vor allem die Stadtwerke Weinstadt haben sich dabei weiterhin als Motor des Klimaschutzes verdient gemacht – insbesondere im Bereich der Wärmewende und der Energieerzeugung. Mit der Remstal Bürgerenergiegenossenschaft, kurz REBE, wurde zudem eine Struktur geschaffen, die es ermöglicht, auch die Bürgerschaft aktiv an Klimaschutzmaßnahmen zu beteiligen und durch privates Kapital zusätzliche Projekte anzustoßen, perspektivisch auch Windkraftanlagen auf dem Nonnenberg. Nachdem bereits zahlreiche Projekte auf den Weg gebracht wurden, sehen wir nun die Möglichkeit, die Klimaschutzstelle innerhalb der Verwaltung neu auszurichten und zu erweitern. Künftig soll sie sich zusätzlich auch um die Bereiche Natur- und Umweltschutz kümmern. Diese Aufgaben werden zwar bereits heute in der Verwaltung wahrgenommen, sollen nun jedoch sinnvoll gebündelt werden. Auch der Klimaschutzanpassungsplan, zu dessen Erstellung Weinstadt als Große Kreisstadt verpflichtet ist, soll künftig durch diese Stelle betreut werden. Für die Bürgerschaft sowie für Umwelt- und Naturschutzverbände entsteht damit eine klare und transparente Zuständigkeit nach außen. Gemeinsam mit der Fraktion der Grünen haben wir hierzu einen Antrag verfasst. An dieser Stelle möchten wir uns auch für die wertvolle Arbeit der Naturschutzverbände und des Klimabündnisses bedanken.

In den letzten Jahren wurden in unserer Stadt sehr viele neue Bäume gepflanzt, was wir ausdrücklich begrüßen. Gleichzeitig stellen wir fest, dass insbesondere Jungbäume einen hohen Pflegeaufwand erfordern und entsprechende Kosten verursachen. Wir beantragen daher zu prüfen, wie Baumpatenschaften aus der Bürgerschaft verstärkt gewonnen werden können – ein Modell, das

bereits in vielen Städten erfolgreich praktiziert wird. Die Antwort der Verwaltung, dass es ein solches Angebot auch in Weinstadt bereits gibt, freut uns sehr. Umso wichtiger ist es aus unserer Sicht, dieses Angebot deutlich bekannter zu machen. Auf der städtischen Homepage ist dazu beispielsweise auf den ersten Blick nichts zu finden.

Die Stadt kann die strukturellen Probleme des Weinbaus nicht lösen. Eine sinkende Nachfrage, die demografische Entwicklung sowie äußerst herausfordernde Kostenstrukturen führen dazu, dass insbesondere im genossenschaftlich organisierten Weinbau zunehmend Flächen aufgegeben werden. Der Weinbau gehört jedoch zur DNA von Weinstadt und prägt unsere Kulturlandschaft, unsere Identität und unsere Wirtschaft in besonderer Weise. Umso wichtiger ist es, dass die Stadt dort, wo sie Einflussmöglichkeiten hat, Verantwortung übernimmt. Dazu gehört insbesondere, die Remstalkellerei in ihrem Transformationsprozess zu unterstützen und im Sinne einer aktiven Wirtschaftsförderung auch die Bedürfnisse der Weinstädter Weinbaubetriebe zu berücksichtigen.

Das Gleiche gilt auch für den Bereich der Sportförderung. Neue städtische Hallenkapazitäten sind – so dringend sie auch benötigt werden – unter den aktuellen finanziellen Rahmenbedingungen in weite Ferne gerückt. Umso wichtiger ist es, auch hier auf pragmatische und realisierbare Einzelschritte zu setzen. So möchten wir die Anfrage des TSV Schnait ausdrücklich unterstützen, die bisherige Silcherstube, für die sich derzeit kein neues Pachtverhältnis für ein gastronomisches Angebot abzeichnet, künftig als Trainingsfläche nutzen zu können. Gemeinsam mit der Fraktion der Grünen haben wir hierzu einen Antrag eingebracht, mit dem geprüft werden soll, unter welchen Bedingungen eine entsprechende Überlassung möglich wäre. Auch die Erfolgsgeschichte der SG Weinstadt als zentralem Sportverein unserer Stadt setzt sich weiter fort. Die mögliche Erweiterung des Sportvereinszentrums ist ein wichtiges Zukunftsprojekt, das wir als Stadt in jedem Fall unterstützen müssen.

Abschließend möchten wir uns bei der Stadtverwaltung, den Stadtwerken und den anderen Gemeinderatsfraktionen für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken.

Für die SPD-Fraktion

Julian Künkele